

# INDONESIEN ALS LIEFERANT FÜR NICKEL

## FAKTEN UND HINTERGRÜNDE ZU MENSCHENRECHTS- UND UMWELTAUSWIRKUNGEN

Indonesien verfügt weltweit über die größten Nickelvorkommen. Der Rohstoff findet hauptsächlich Verwendung bei Legierungen und der Stahlveredelung. Eine stetig wachsende Bedeutung kommt Nickel jedoch auch als Komponente bei der Herstellung von Batterien zu. Angesichts des Booms der Elektromobilität wird der weltweite Bedarf an Nickel in Zukunft weiter ansteigen. Die wachsende Nachfrage nach dem Rohstoff möchte Indonesien zu seinem eigenen Vorteil nutzen. Durch Exportrestriktionen und Investitionsanreize versucht das Land sich von einem reinen Rohstofflieferanten zu emanzipieren und einen größeren Teil der Wertschöpfungskette im eigenen Land anzusiedeln. Investitionen in Minen, Hochöfen und Schmelzen sowie Infrastruktur sollen den Weg zu mehr Wertschöpfung entlang der Nickel-Lieferkette ebnen. Trotz Handelsstreitigkeiten mit den importierenden Ländern, scheint dieser Plan bislang auch aufzugehen. Doch negative soziale, menschenrechtliche und ökologische Auswirkungen des Nickelabbaus und seiner Verarbeitung trüben das Bild.

### **Indonesien: Vom Rohstofflieferanten zum zukünftigen Vorreiter in der Batterieproduktion?**

Die Nickelreserven Indonesiens werden auf ca. 21 Mio. Tonnen geschätzt. Das entspricht rund 22 Prozent der weltweiten Vorkommen. Mit einem 2009 verabschiedeten Gesetz über Mineralien und Kohleabbau und der Vergabe hunderter Bergbaulizenzen wurde die Förderung von Nickel massiv ausgeweitet. Lange Zeit fungierte das Land jedoch hauptsächlich als reiner Rohstofflieferant. Die Veredelung von Nickel, die Weiterverarbeitung und anschließende Produktion höherwertiger Waren und damit

Wertschöpfung fand in den importierenden Ländern statt.

Bereits 2014 verhängte der bis heute amtierende Präsident Joko Widodo daher ein Exportverbot für unverarbeitete Mineralerze. Aufgrund zahlreicher Ausnahmen und zögerlicher Investoren zeigte die Regulierung jedoch nicht die erhoffte Wirkung und wurde vor dem Hintergrund einer Haushaltskrise im Jahr 2016 schließlich weitgehend ausgesetzt. Anfang 2020 kam es zu einer Neuauflage des Exportstopps für Nickelerze, diesmal allerdings deutlich strikter reglementiert. Weltweit steigende Nickelpreise waren die Folge. Die Europäi-

sche Union sah darin einen Verstoß gegen geltende Handelsregeln sowie eine unfaire Benachteiligung der eigenen Edelmetallindustrie und legte bei der Welthandelsorganisation Beschwerde ein, die schließlich zugunsten der EU entschieden wurde. Ein daraufhin von indonesischer Seite angestregtes Berufungsverfahren wartet seither auf seine Entscheidung. Unabhängig vom endgültigen Ausgang des Verfahrens, das sich noch Jahre hinziehen kann, ist es Indonesien in der Zwischenzeit gelungen, Tatsachen zu schaffen und sowohl die Förderung als auch die Verarbeitung von Nickel massiv auszuweiten. Innerhalb weniger Jahre hat es Indonesien geschafft, zu einem der größten Stahlproduzenten zu werden. Mittelfristig möchte das Land auch bei der Batterieproduktion in der ersten Liga mitspielen. Bei geschätzt 30 Milliarden US-Dollar lag allein 2022 der Wert der Ausfuhren von verarbeitetem Nickel. Noch 2015 belief sich dieser Wert auf lediglich 1 Mrd. US-Dollar. Damit liegen die Erlöse aus dem Nickel-Export heute bereits höher als die von Palmöl. Setzt sich dieser Trend fort, dann wird Indonesien nach Prognosen des australischen Finanzunternehmens Macquarie Group 2025 rund 60% der globalen Nachfrage nach Nickel abdecken.

Flankiert wurde der Exportstopp durch einen energisch vorangetriebenen Ausbau der weiterverarbeitenden Industrie, die zu einem strategischen Projekt im nationalen

Interesse deklariert wurde. Durch diese Einstufung konnten – nicht selten auf Kosten von Mensch und Umwelt - regulatorische Auflagen abgesenkt und Genehmigungsprozesse für Investitionsvorhaben beschleunigt werden. Vor allem chinesische Unternehmen passten sich der neuen Realität des Exportstopps an und investierten vor Ort in den Bau von Nickelschmelzen und in die Stahlindustrie, während der Bergbau weiterhin vorrangig durch indonesische Unternehmen kontrolliert wird. Die

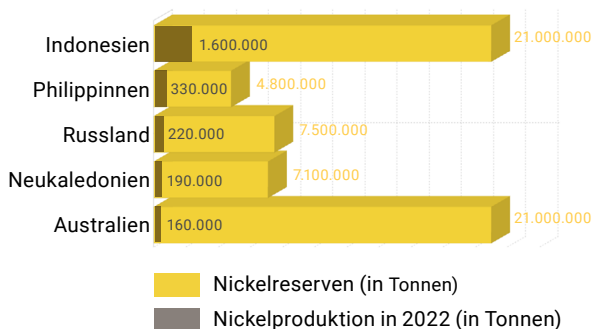
chinesische Dominanz in der indonesischen Nickelindustrie reicht jedoch weiter zurück. Bereits 2013 unterzeichneten der damalige indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono und der chinesische Präsident Xi Jinping eine Vereinbarung, um den Indonesia Morowali Industrial Park (IMIP) in Zentral-Sulawesi zu errichten, der seitdem das indonesische Nickel-Industriezentrum ist.

### Deutschland und EU - Kampf um die eigene Position innerhalb der Lieferkette

Nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, sondern auch angesichts eines zunehmend angespannten Verhältnisses zur Volksrepublik China, finden auf deutscher und europäischer Ebene Bemühungen statt, Importabhängigkeiten von einzelnen Nicht-EU Ländern zu verringern und Lieferketten zu diversifizieren. Die Versorgung mit den für die heimischen Industrien als kritisch oder strategisch eingestuft Rohstoffen soll auf eine breitere Basis gestellt werden. Deutschland ist bei der Versorgung mit metallischen Primärrohstoffen zu beinahe 100 Prozent von Importen abhängig, so auch im Falle von Nickel. Noch im Jahr 2022 bezog Deutschland rund 45 Prozent seines Nickels aus Russland. Wenig überraschend scheint daher eine stärkere Fokussierung auf Indonesien, was die Versorgung mit Nickel angeht.

Eine im Dezember 2023 vom EU Parlament beschlossene Verordnung zu kriti-

## DEUTSCHLAND IST BEI DER VERSORGUNG MIT METALLISCHEN PRIMÄRROHSTOFFEN ZU BEINAHE 100 PROZENT VON IMPORTEN ABHÄNGIG, SO AUCH IM FALLE VON NICKEL.



Eigene Grafik auf Basis von Daten aus der U.S. Geological Survey, 2023.



## DER INDONESIA WEDA BAY INDUSTRIAL PARK UND DIE INVESTITIONSPÄNE VON BASF

Der deutsche Chemiekonzern BASF plant gemeinsam mit dem französischen Unternehmen Eramet den Bau eines Raffineriekomplexes im Indonesia Weda Bay Industrial Park (IWIP). Die Weda Bay-Mine ist eine der größten Nickelminen der Welt. Der 5.000 Hektar große Industriepark liegt in den Dörfern Lelilef Sawai und Lelilef Woebulen in der Provinz Nord-Molukken und verfügt neben Minen, über Aufbereitungs- und Verarbeitungsanlagen, Werkschäfen und Kohlekraftwerke. 24.000 Arbeiter:innen sind dort beschäftigt. Der Industriepark in Weda Bay wird von dem Joint-Venture-Unternehmen PT IWIP betrieben, das drei chinesischen Firmen gehört. Eramet, seit 2006 in Weda Bay präsent, hält 43% Anteile an PT Weda Bay Nickel, die als Pächter im Park Bergbau und Verarbeitung betreiben.

Der nun geplante Raffineriekomplex soll laut BASF Nickel und Kobalt für Kathodenmaterialien für Lithium-Ionen-Batterien in Elektrofahrzeugen liefern. Insgesamt 42.000 Tonnen Nickel und 5.000 Tonnen Kobalt sollen nach Angaben der BASF verarbeitet werden. Die voraussichtlichen Investitionskosten belaufen sich auf mehr als 2 Milliarden Euro. Für das Projekt hat BASF bei der Bundesregierung eine Ungebundene Finanzkreditgarantie über mehr als eine halbe Milliarde Euro beantragt. Eine Bewilligung dieser Kreditgarantie würde das Projekt als Teil der deutschen Rohstoffstrategie ausweisen. Eine endgültige Investitionsentscheidung wird laut Unternehmen in 2024 erwartet. Indonesische und internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren das geplante BASF-Projekt, denn sie befürchten aufgrund bisheriger Erfahrungen eine weitere Verschlechterung der Lebenssituation der indigenen Bevölkerung und Schädiung der Umwelt. Die schlechte Menschenrechts- und Umweltbilanz der Nickelindustrie in Weda Bay seit 2006, einschließlich derer von Eramet, lässt Zweifel aufkommen, ob Firmen hier in zukünftigen Projekten die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards und Arbeitsrechten gewährleisten können.

### Verletzung der Rechte indigener Völker

Der potenzielle Standort für den Raffineriekomplex befindet sich teilweise auf Land, das von den indigenen O'Hongana

Manyawa bewohnt wird, was übersetzt „Menschen, die im Wald leben“ bedeutet. Sie werden auch als Orang Tobelo Dalam bezeichnet. Laut der indonesischen Organisation für Indigenenrechte AMAN gelten die O'Hongana Manyawa als eine der fünf letzten nomadisch lebenden Gruppen Indonesiens; etwa 300-500 Mitglieder dieser Gruppe gelten als „unkontaktiert“. AMAN stuft die O'Hongana Manyawa als „massiv bedroht“ ein.

Die internationale Nichtregierungsorganisation Survival International bezweifelt, dass der Bau der Raffinerie in der Region legal ist, weil indigene Völker nach der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker für Bergbauprojekte ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) geben müssen. Die NGO argumentiert, dass dies bei unkontaktierten Völkern offensichtlich nicht möglich ist und Bergbau auf dem Gebiet unkontaktierter Völker somit nach internationalem Recht illegal ist.

### Schädigung von Umwelt und menschlicher Gesundheit

Die Bergbaukonzession über 45.000 Hektar erhielt Weda Bay Nickel 1998 vom damaligen indonesischen Militärdiktator Suharto. Der Großteil des Gebietes umfasst geschützte Waldgebiete. Allein zwischen 2017 und 2021 hat die Nickelindustrie 7.565 Hektar Wald in Zentral- und Ost-Halmahera gerodet.

Die Wasserqualität in den umliegenden Flüssen, Seen und im Meer hat sich aufgrund der Aktivitäten der Nickelindustrie in Weda Bay erheblich verschlechtert. In den Gewässern sind messbare Anreicherungen mit hexavalentem Chrom aufgetreten, eine nachgewiesene hochgiftige und krebserregende Substanz, die ein Risiko etwa für Korallenriffe und Fische darstellen und zu gesundheitlichen Problemen bei Menschen führen kann. Die Konzentrationen übersteigen die in den Standards der „Initiative for Responsible Mining Assurance“ (IRMA) festgelegten Grenzwerte.

Das gleiche gilt für die von der IRMA festgelegten Grenzwerte für Feinstaub, die bereits überschritten werden. Das lokale Gesundheitszentrum berichtet, dass sich seit Ansiedlung der Nickelindustrie die Fälle von akuten Atemwegsinfektionen beinahe verdreifacht haben.

### Unzureichende Entschädigungen und Einschüchterungen

2009 begann Eramet damit, Land von den Dorfbewohner:innen zu kaufen. Da die Menschen das Land bis dato nach Gemeinschaftsrecht (hukum adat) kollektiv nutzten, musste zunächst individuelles Landrecht eingeführt werden, das es Individuen ermöglichte, Parzellen des Landbesitzes zu beanspruchen, für die sie dann eine Entschädigung erhielten. Die Firmen kauften das Land zu weit unterdurchschnittlichen Preisen. Eramet zahlte 8.000 indonesische Rupien pro Quadratmeter, umgerechnet 50 Cent, eine Summe, die kaum für eine einzige Mahlzeit ausreicht.

Rund 180 Familien organisierten sich, protestierten dagegen und legten Beschwerden bei nationalen Stellen ein. Sie erhielten für ihre Forderung nach höheren Entschädigungen zwar die symbolische Unterstützung der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM), wurden aber von Sicherheitskräften von Weda Bay Nickel und von Mitgliedern einer Gruppe, die als paramilitärischer Arm der indonesischen Polizei gilt (Brimob), bedroht. Brimob sei laut Komnas HAM auch daran beteiligt gewesen, Gemeindemitglieder unter Druck zu setzen und einzuschüchtern, um Vereinbarungen zu unterzeichnen. Gegner:innen des Bergbauprojektes wurde gewaltsam der Zugang zu ihren landwirtschaftlichen Nutzflächen verwehrt.

### Schlechte Arbeitsbedingungen

Ein großer Teil der lokalen Bevölkerung hat infolge der Ansiedlung der Nickelindustrie ihre bisherige Lebensgrundlage verloren, sei es aufgrund des Verlusts von Land oder der Fischgründe. Viele von ihnen sind heute als Angestellte für IWIP tätig. Weigern sich Angehörige der Arbeiter:innen von IWIP ihr Land an die Firma abzutreten, so kann dies eine plötzliche Kündigung des Arbeitsvertrags zur Folge haben. Die bei IWIP gezahlten Löhne von umgerechnet rund 300 Euro monatlich liegen zwar über dem örtlichen Mindestlohn, sind aber zu gering, um die gleichzeitig gestiegenen Lebenshaltungskosten zu decken. Trotz schlechter und gefährlicher Arbeitsbedingungen, ungemessener Unterkünfte und unsicherer Arbeitsverträge sehen viele jedoch keine andere Möglichkeit zur Sicherung ihres Lebensunterhalts.



Der Fischer PEDI gehört der indigenen Gruppe der Bajau an, die ein mit dem Meer verbundenen Lebensstil pflegen. Dies wird immer schwieriger, denn das Meer in Nord-Konawe, Sulawesi, ist durch die Nickelindustrie verschlammte.

schen Rohstoffen legt dabei den Rahmen fest, wie künftig eine „sichere, widerstandsfähige und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen gewährleistet“ werden soll. Neben der Diversifizierung von Rohstoffimporten sieht die Verordnung eine Förderung des Abbaus, der Weiterverarbeitung und Wiederverwertung sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU vor.

Bemerkenswert ist dabei die Vorgabe, dass 40 Prozent der Weiterverarbeitung kritischer Rohstoffe innerhalb der EU erfolgen soll. Dem Bestreben rohstoffexportierender Länder wie Indonesien, stärker selbst von der Wertschöpfung zu profitieren, möchte die EU mit dieser Verordnung Grenzen setzen. Damit handelt die EU offen im Widerspruch zu der regelmäßig von ihr selbst beschworenen Partnerschaft auf Augenhöhe, die sie mit Ländern des Globalen Südens führen möchte.

**NACH ANGABEN DER INDONESISCHEN UMWELTORGANISATION WALHI ERSTRECKEN SICH DIE BIS 2022 VERGEBENEN KONZESSIONEN ZUM NICKELABBAU AUF ÜBER 1 MIO. HEKTAR, EINE FLÄCHE FAST VIERMAL SO GROSS WIE DAS SAARLAND.**

### Umweltrisiken der Förderung und Verarbeitung

Die Förderung und Verarbeitung von Nickel gehen mit erheblichen und kaum kalkulierbaren ökologischen Risiken einher. Neben den massiven Eingriffen in die Natur durch den Tagebau stellen auch die Raffination der Erze und die dabei anfallenden Abfälle eine Bedrohung für die Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung dar.

Nickel kommt in Indonesien hauptsächlich in Form von Lateritablagerungen nahe der Erdoberfläche vor. Die Ablagerungen in den oberen Erd- und Gesteinsschichten können nur im Tagebau gewonnen werden, mit den dabei unweigerlich verbundenen massiven Eingriffen in die Natur. Nach Angaben der indonesischen Umweltorganisation WALHI erstrecken sich die bis 2022 vergebenen Konzessionen zum Nickelabbau auf über 1 Mio. Hektar, eine Fläche fast viermal so groß wie das Saarland. Rund 75 Prozent der Tagebaugelände liegen in ohnehin bereits stark unter Druck geratenen Waldgebieten.

Neben den massiven Eingriffen in die Natur durch den Bergbau stellt vor allem die Weiterverarbeitung eine erhebliche Belastung für die Umwelt dar. Abhängig davon, in welcher Form das Lateriterz vorliegt, kommen unterschiedliche Verfahren zur Aufbereitung des Rohstoffs zum Einsatz.



**DEUTSCHE FIRMEN UND DIE BUNDESREGIERUNG TRAGEN VERANTWORTUNG, DASS BEI DER VERSORGUNG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE MIT ROHSTOFFEN MENSCHENRECHTE UND SORGFALTPFLICHTEN GEWAHRT WERDEN.**

Das Saprolit, ein Lateriterz mit einer höheren Nickelkonzentration, wird in der Regel in sog. Drehrohröfen unter hoher Temperatur weiterverarbeitet. Die Energie für dieses Verfahren stammt vorrangig von Kohlekraftwerken. Mittlerweile sind jedoch die größten Saprolitvorkommen in Indonesien bereits abgebaut. Das verbleibende Limonit, ein Lateriterz mit deutlich niedrigerer Nickelkonzentration, wird im sog. Hochdruck-Säurelaugung Verfahren verarbeitet. Dieses Verfahren ist zwar deutlich weniger energieintensiv und verursacht einen geringeren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck, allerdings fallen hierbei giftige Schlämme an, die entsprechend entsorgt werden müssen. Bei der Entsorgung kommen grundsätzlich drei Verfahren in Betracht: die Entsorgung im Meer, die Lagerung in Dämmen oder das Trocknen und Stapeln der Abfälle. Obwohl die indonesischen Behörden eine Entsorgung auf See wegen möglicher Folgeschäden für Ökosysteme und Korallenriffe untersagt haben, praktizieren manche chinesische



Die Schäden durch die Nickelindustrie im Osten Indonesiens sind erheblich: Dörfer, wie das Fischerdorf Tapunggaya auf Sulawesi, kämpfen mit Überschwemmungen, Erosionen, Sedimentation und dem Verlust an Biodiversität.

Unternehmen weiterhin diese Methode. Doch auch die beiden anderen Varianten sind mit Risiken verbunden und können bei nicht sachgerechter Lagerung eine Kontamination der Umwelt zur Folge haben.

### Fazit

Die mit dem Nickelabbau in Indonesien einhergehenden Probleme verdeutlichen, dass der Ausbau der E-Mobilität allein keine Garantie für Nachhaltigkeit darstellt. Dabei ist Nickel nur ein Beispiel von Rohstoffen für E-Mobilität, die mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verbunden sind. Ähnlich verhält es sich mit dem für Elektromobilität unverzichtbaren Kobalt und Lithium. Eine notwendige sozial-ökologische Transformation in Deutschland darf jedoch nicht zu Lasten von Menschen und Umwelt im Globalen Süden gehen. Notwendig ist daher die Etablierung strenger Standards entlang der gesamten Lieferkette, angefangen beim Abbau, der Verarbeitung, Produktion und anschließenden Verwertung und Wiederverwendung.

Deutsche Firmen und die Bundesregierung tragen Verantwortung, dass bei der Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen Menschenrechte und Sorgfaltspflichten gewahrt werden. Deutschland hat sich mit der Ratifizierung der Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeiterorganisation (kurz ILO 169) zum Schutz der Rechte indigener Völker und mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) zur Übernahme globaler Verantwortung bekannt. Der Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung bekräftigt zusätzlich die Verpflichtung zu menschenrechtlichen Verfahren und Standards im Bereich der Außenwirtschaftsförderung. Dies muss Grundlage bei der

Entscheidung über die Gewährung von Kreditgarantien sein, wie aktuell im Falle des von BASF geplanten Projekts. Eine menschenrechtskonforme und ökologisch nachhaltige Beteiligung an der Nickelverarbeitung in Indonesien scheint vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen und Berichte der lokalen Bevölkerung zum aktuellen Zeitpunkt mehr als fragwürdig.

Die Referenzen zum Factsheet finden Sie unter: <https://t1p.de/9x67u>

### ZUM WEITERLESEN

Forderungen und Empfehlungen der Zivilgesellschaft für eine gerechte sowie umweltfreundliche Rohstoffpolitik und Mobilitätswende:

- Der Ressourcenverbrauch muss auf ein umweltverträgliches und global gerechtes Niveau sinken. Powershift e.V. zeigt, wie weniger Autos zu mehr globaler Gerechtigkeit führen. WEED e.V. liefert Hintergründe zum Recycling von Lithium-Ionen-Batterien als Beitrag zur Reduktion von Primärrohstoffen. Der BUND e.V. fordert eine Festlegung von absoluten und verbindlichen Ressourcenschutzzielen.
- Vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach metallischen Rohstoffen macht INKOTA e.V. Vorschläge, wie die Energie- und Rohstoffwende zusammengedacht werden können.
- In einem gemeinsamen Positionspapier analysieren 41 zivilgesellschaftliche Organisationen den EU-Gesetzesentwurf zu kritischen Rohstoffen (Critical Raw Materials Act; CRMA) hinsichtlich seiner Defizite bei der Förderung einer global gerechten sozial-ökologischen Transformation und formulieren Empfehlungen für eine sozial gerechte und nachhaltige Rohstoffpolitik.
- Die indonesische NGO AEER gibt Empfehlungen zur Reduzierung der negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen des Nickelabbaus in den Nord-Molukken.

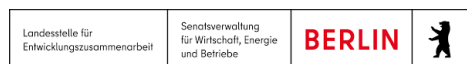
### FÖRDERUNG



Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des:



und von der:



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Watch Indonesia! e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wieder.

### IMPRESSUM



Herausgabe:  
Watch Indonesia! e.V.  
Am Sudhaus 2  
12053 Berlin

[www.watchindonesia.de](http://www.watchindonesia.de)  
[watchindonesia@watchindonesia.de](mailto:watchindonesia@watchindonesia.de)  
Tel./Fax: (+49) 030 698 179 38

Text: Leona Pröpper  
Gestaltung: Cibebe Kojima  
Fotos: Muhammad Fadli

Berlin, Dezember 2023